

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 29 (1988)
Heft: 11

Rubrik: Brief und Antwort

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Brief und Antwort

Das Überleben der Menschheit ist wichtiger als die Demokratie

Verpassen wir die tatsächlich existentiellen Fragen, wenn wir uns mit unserer Thematik auf die Auseinandersetzung von Demokratie und Diktatur konzentrieren? Unter anderem mit dieser Frage befasst sich die Zuschrift, die wir hier mit einer redaktionellen Antwort veröffentlichen.

Und unmenschlich zu sein, wie ich es sein müsste, wenn man so Ihr «ZeitBild» liest.

Der Brief

Sehr geehrte Mitarbeiter

Ich möchte Ihnen mit diesem Brief mitteilen, dass ich Ihre journalistischen Arbeiten nicht als uneingeschränkt objektiv erachte. Ich hoffe, Sie werden meine Überlegungen abdrucken, damit auch ein anderer Aspekt der weltanschaulichen Betrachtung einmal in Ihrem Heft erwähnt ist, das scheinbar so objektiv vom westeuropäischen Demokratieverständnis geprägt ist.

Mich ärgern insbesondere zwei Sachen, die ich aufgreifen möchte.

Vorher kurz zu meiner Person: Als Student, der noch nicht alle Ideale und Hoffnungen verloren hat, glaube ich an eine bessere Zukunft der Menschheit. Dass der Marxismus dazu beitragen kann (als Ideologie der Toleranz und Humanität, um der Menschheit Schicksal zu lenken, zu helfen), so wie es Marxens ursprüngliche Idee war (Pariser Schriften), glaube ich noch immer, ohne deswegen so stur, intolerant

und unmenschlich zu sein, wie ich es sein müsste, wenn man so Ihr «ZeitBild» liest.

Ich habe schon sehr früh erkannt, dass der real existierende Sozialismus kein erstrebenswertes Staats- und Sozialgebilde ist, wiewohl seine Erregenschaften beeindruckend sind. Zum Beispiel wären mir zwei China vergleichsweise lieber als zwei Indien, denn in China versucht man wenigstens, etwas gegen das Bevölkerungswachstum zu tun. Da hat man anstelle der Demokratie wenigstens gewisse Möglichkeiten, die der Demokratie leider nicht gegeben sind: Setzen Sie ein Programm zur Bevölkerungsbegrenzung einmal in Indien durch!

Es ist nur die Frage, ob angesichts solcher Vorteile der Preis nicht zu hoch ist: eingeschränkte Meinungsfreiheit, nicht eingehaltene Menschenrechte. Die Antwort kann uns nur die Zukunft geben.

Ähnlich stellt sich die Frage bezüglich der Sowjetunion. Sind Sie überzeugt, dass es ohne die Revolution von 1917 heute in Russland eine Demokratie geben würde? Immerhin besteht die Möglichkeit, dass sonst das Land von einem noch viel schlimmeren Tyrannen be-

herrscht würde, der ohne Rücksicht auf irgendeine Ideologie schon längst Westeuropa angegriffen hätte, wie seinerzeit Hitler.

Aber lassen wir die Spekulationen. Ich möchte, dass Sie mir zwei Fragen beantworten.

1. Weshalb vermisste ich in Ihrer Ausgabe vom 18. Mai 1988 einen Artikel über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan? Er müsste ja aus Ihrer Sicht die Behauptung enthalten, dass kein Jahr vergehen werde, bis neue Truppen in diesem Land stehen, weil der expansive Charakter der Sowjetideologie stärker ist als jede Einsicht, oder etwa nicht?

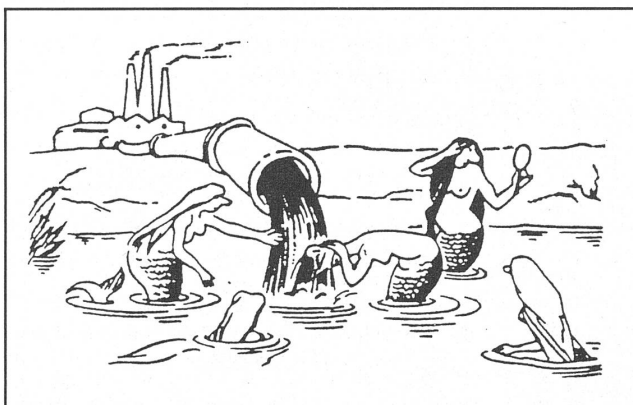
Und weshalb hat Ihr «ZeitBild» während acht Jahren nur über die schlechten Aspekte der Invasion berichtet? Ich frage Sie, was Ihnen lieber ist: ein *Fundamentalismus nach iranischem Vorbild, wie er demnächst in Afghanistan wohl entstehen könnte, oder ein Vasallenstaat der Sowjetunion?* Oder: Mit welcher Seite kann man Ihrer Ansicht nach wohl besser diskutieren, mit Gorbatschow oder mit Khomeiny? Das ist ein Argument, das ich schon unter Berufung auf Ihren eigenen Artikel «Schlichtungskandidaten?» über die fundamentalistische Gefahr (ZB, Nr. 10/1988) ins Feld führen darf.

Bei aller Bewunderung für den Mut der Widerstandskämpfer und bei aller Verurteilung der sowjetischen Kriegführung: Die Chancen, dass es in einem Land wie Afghanistan einmal zu einer demokratischen Entwicklung kommen könnte, sind mit einer kommunistischen Schulung der Bevölkerung, wo auch Frauen studieren dürfen, vielleicht doch grösser als bei einer fundamentalistischen Beeinflussung, wo zum Beispiel von Gleichberechtigung der Geschlechter noch lange keine Spur ist.

2. Die zweite Frage, die ich Ihnen stellen möchte, betrifft Ihr eigenes Aufgaben- und Zweckverständnis.

Ich stimme völlig Ihrer Tätigkeit zu, welche die Aufklärung über die Gefahren des Sowjetsozialismus zum Gegenstand hat. Nur vergessen Sie dabei einen wichtigen, wenn nicht *den wichtigsten* Aspekt unserer Zeit. Sie sollten den Leuten nebst der Demokratie eine weitere Alternative zur Diktatur anbieten, nämlich den dritten Weg. Gerade ein Institut wie das Ihre, das sowohl die Gefahren des totalitären Staates als auch die Vor- und Nachteile der Demokratie kennt, müsste einen kompetenten *Beitrag zu einem künftigen neuen Staatsverständnis* leisten. Oder sind Sie so überzeugt, dass man in der Demokratie alle Probleme lösen kann?

Ich frage mich zum Beispiel, was mir die Demokratie nützt, wenn sie mir die Erkenntnis liefert, dass für den Umweltschutz etwas getan werden muss, ohne mir aber die Möglichkeit mitzuliefern, es auch zu tun. So schlägt mir unsere Demokratie ein Konzept vor, das ich ausserordentlich gut finde (Luftreinhalteverordnung), erfüllt dann aber die Erwartungen nicht. Die Demokratie schickt sich darin, dass sich die Ideen nicht verwirklichen lassen, weil die Leute, die theoretisch dafür sind, die Durchset-



«Iswestija»-Karikatur gegen eine geplante Zellstofffabrik an der Wolga. Das Vorhaben ist nunmehr abgesagt worden, und zwar wegen des möglich gewordenen Drucks von unten via Presse.

zung praktisch verhindern. Oder weshalb sonst können die für 1995 gesteckten Ziele nicht durchgesetzt werden?

Demgegenüber würde es zum Beispiel in der Sowjetunion keine Probleme geben, von einem Tag auf den andern den Verkehr einzuschränken oder auch Fabriken zu schliessen, wenn es die Regierung für nötig erachtet. Der kleine Unterschied besteht darin, dass man in der Sowjetunion das Problem noch nicht erkannt hat und deshalb nicht handelt, während man hier das Problem zwar erkannt hat, aber wegen der Bindung an so viele Interessen nicht zu handeln vermag.

Schliesslich geht es *ausschliesslich um das globale Überleben*, und wenn das die totalitäre Führung in letzter Konsequenz einsieht, wird ihr die Durchsetzung der existentiell wichtigen Massnahmen leichter fallen als der Demokratie.

Ich kann nur hoffen, dass der mögliche Sturz der westeuropäischen Demokratien nicht allzutief sein wird, wenn nur noch radikale politische Entscheidungen und Existenzbeschränkungen das Überleben ermöglichen sollten. Inzwischen sollten wir die Chance nutzen, die nötigen einschneidenden Veränderungen auf sanftere Art herbeizuführen, ohne auf alle Einzelinteressen Rücksicht zu nehmen.

In diesem Zusammenhang kommt mir in den Sinn, was Herr Sager einmal gesagt hat, als ich

das Ost-Institut besuchte. In der Nähe seiner Wohnung habe man vor 30 Jahren einen Wohnblock gebaut, obwohl die Fachleute dagegen waren; die Gemeindeversammlung war eben dafür. Bereits nach fünf Jahren habe man eingesehen, dass der Bau ein Fehler war, und noch heute trage man die Folgekosten. Das ist bloss ein Beispiel. Aber es zeigt auf seine Weise, *dass das Volk nicht immer recht hat und deshalb nicht alle Fragen entscheiden sollte*.

Stellen Sie sich jetzt bitte eine Partei aus Fachleuten vor, die zur Beurteilung und zur Lösung der künftigen Probleme kompetent wären. Und diese Partei nun hätte die faktische Macht der kommunistischen Partei in den sozialistischen Ländern. Da müsste doch auch Ihnen ein Licht aufgehen, oder wenigstens ein Hoffnungs-schimmer. Sehen Sie jetzt, was ich unter dem Modell des dritten Weges verstehe und weshalb ich Ihre Einseitigkeit manchmal nicht berechtigt finde?

Oder möchten Sie die Verantwortung tragen, wenn eines Tages in Europa eine Diktatur entsteht, als Trotz- oder Gegenreaktion auf die Demokratie? Sozusagen in Analogie zur Möglichkeit, dass sich in der Sowjetunion die Demokratie aus dem Widerstand gegen den Sozialismus entwickeln wird, wie das offenbar Ihre Überzeugung ist.

Mit freundlichen Grüssen

Die Antwort

Sehr geehrter Herr M. G.

Ich finde Ihre beiden Fragenpakete von sehr unterschiedlicher Beschaffenheit, aber ich will sie beide wenigstens angehen.

1. Afghanistan

Dass in der Nummer vom 18. 5. kein Kommentar zum sowjetischen Abzug aus Afghanistan stand, der am 15. Mai begann, erklärt sich technisch damit, dass der Redaktionsschluss am 13. Mai war, mithin vor dem Ereignis. Aber das ist belanglos, weil ich zu diesem Thema vorwegnehmend einen ausführlichen Kommentar nach Abschluss der Genfer Gespräche in Nummer 8/1988 veröffentlicht habe. Dieser Kommentar kommt aufgrund der innersowjetischen Indizienlage zum Schluss, dass der Truppenabzug tatsächlich so gemeint ist, und hält nach Prüfung weiterer Vorbehalte als Bedingung dazu nur fest, dass dem Umdenken in der Sowjetunion kein abruptes Ende gesetzt wird.

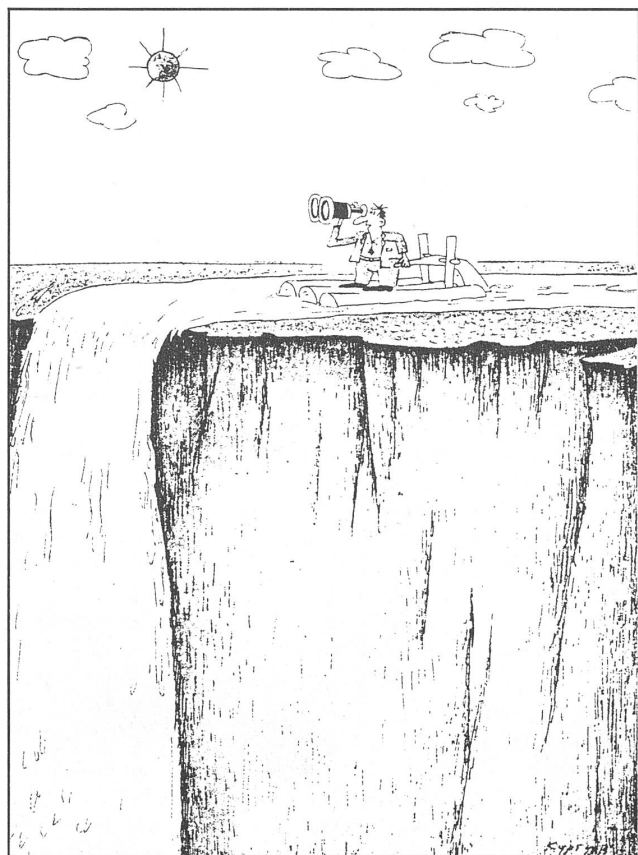
Keine Spur davon also, dass unsere Kommentierung von einem vorgewussten Bild des Sowjetexpansionismus geprägt worden wäre; Ihr rhetorisches «oder etwa nicht?» hätten Sie sich ruhig ersparen können.

Demgegenüber nehme ich Ihre Frage, weshalb wir acht Jahre lang nur über die schlechten Aspekte der Invasion berichtet hätten, so ernst, dass ich sie erschreckend finde.

Rein gar nichts damit zu tun hat es, dass ich selbstredend wünsche, dass die Frauen studieren und dann auch demokratisch mitreden dürfen. Das wünsche ich mir übrigens aus jenem «westlichen Demokratieverständnis» heraus (was für eines gibt es sonst?), das Sie uns in Ihrer Einleitung mittelbar vorwerfen. Und gerade deshalb wünsche ich den afghanischen Frauen wahrhaftig etwas anderes als den Sowjetsozialismus (gehabter Manier; die innere Anfechtung hat begonnen), der im Gegensatz zur Emanzipation steht, was sich in den letzten Dezennien im Vergleich zur westlichen Entwicklung nur noch deutlicher akzentuiert hat.

Bei der Gelegenheit: Dank dem neuen Prinzip der Glasnost hat die sowjetische Presse begonnen, über die Lage der Frauen in den zentralasiatischen Sowjetrepubliken zu berichten, und was da zum Vorschein kommt, ist mittelalterliche Unterdrückung par excellence. Da haben Sie das Resultat nach sechzig Jahren «kommunistischer Schulung» einer islamischen Bevölkerung.

Nicht dass die Machthaber in Moskau das jemals speziell gewünscht hätten. Sie haben sich, pars pro toto gesprochen, darauf konzentriert, die Knaben vormilitärisch auszubilden, und das Schicksal der Mädchen war ihnen bloss schnuppe. Die sowjetische Macht wurde dadurch nicht angefochten, und das Problem von theoretisch sozialismuswidrigen Zuständen



Die Aussicht des Steuermanns. (Karikatur ohne Worte aus «Krokodil», Moskau, Nr. 12/1988)

liess sich verschweigen, weil man den real existierenden Sozialismus hatte.

Auf ihre Frage indessen sind das alles nur Eventualüberlegungen. Sie wären dann von Gewicht, wenn man den emanzipationsfeindlichen Sozialismus in Afghanistan auf friedlichem Weg eingeführt hätte. Nun aber ist er auf dem Wege eines millionenfachen Massenmordes eingeführt worden, und da erübrigt sich nun wirklich jedes Abwägen von gegebenenfalls guten Faktoren gegenüber dem ungeheuerlichen Verbrechen an Menschen aus Fleisch und Blut, einen Verbrechen, das seinen gültigen Präzedenzfall im Morden der Nazis in den von ihnen besetzten Ländern hat.

Weit über eine Million Afghanen sind durch die direkte oder indirekte sowjetische Kriegführung umgebracht worden. Überlegen Sie, was das heisst: Wenn Sie jede Sekunde einen

Menschen umbringen würden, dann hätten Sie erst in ungefähr zwei Wochen die Million beieinander. Zur mutmasslichen Hälfte übrigen Frauen. Und jetzt die aberwitzige Frage: Wie viele hunderttausend Frauen darf man umbringen, damit ein paar hundert mehr an der Universität von Kabul studieren dürfen? (In Ersetzung der Männer übrigens, die man zusammen mit den grösseren Knaben für den sozialismuskonformen Kriegsdienst reserviert hat.)

Ich weiss: So hatten Sie Ihre Frage auf keinen Fall gemeint. Aber ich habe Ihnen begreiflich zu machen, warum ich Ihre Frage nach einer angemessenen Berücksichtigung der «guten Faktoren» der Invasion weder beantworten will noch beantworten darf, sondern zur Gänze zurückweisen muss, im Gedenken an die Millionen von Opfern, an die toten, an die verkrüppelten, an die geflüchteten, an die ausge-

hungerten, an die verstörten, ja sogar an die blindwütigen.

Im Unterschied zu Ihnen behalte ich mir Bewunderung für den Mut der Widerstandskämpfer bloss vor; er könnte fallweise und beispielsweise aus religiösem Fanatismus bestehen, und da (auch da) verhalte ich mich lieber agnostisch. Vorbehaltlos dagegen ist meine Parteinahme für die Opfer. Ich will Ihnen das am Beispiel des Zweiten Weltkrieges deutlich machen. In der Auseinandersetzung zwischen den Nazis und dem Widerstand gegen sie gehört meine Solidarität ohne jede Hinterfragung dem Widerstand, ob er nun in Frankreich stattfand oder in der Ukraine, ob er nun durch ein gutes System belohnt wurde oder ein schlechtes.

Gegenüber der achtjährigen Auseinandersetzung in Afghanistan nun verhalte ich mich gleich und aus dem gleichen Grund. Dort haben sich die Nazimassaker von Oradour und Lidice wiederholt, hundertfach bis tausendfach. Da darf es einfach keine Aufrechnung mit allfälliger Frauenschulung oder mit einer hypothetisch in Aussicht genommenen Agrarreform geben. Sonst landen wir direkt beim Argument, dass die Nazis «immerhin die Arbeitslosigkeit liquidiert» hätten, ein unsäglich widerliches Argument angesichts dessen, was sie sonst liquidiert haben.

Was nach dem sowjetischen Abzug (ein historisches Ereignis, das unter anderm als Absage der Sowjets an ihren eigenen Faschismus gewürdigt werden darf) mit Afghanistan geschieht, das weiss ich so wenig wie Sie oder sonst jemand. Ich wünsche den Afghanen möglichst viel Demokratie und achte ihr Selbstbestimmungsrecht. Aber selbst wenn sie ein fundamentalistisches Regime à la Khomeiny erhalten sollten (was mir nach bestmöglicher Abwägung der auseinanderstrebenden Indizien unwahrscheinlich scheint), wird mich das nicht dazu bringen, nachträglich den «guten Faktoren» der sowjetischen Invasion nachzutruern; es hat sie nicht gegeben.



Wilhelm Braumüller

Universitäts-Verlagsbuchhandlung Ges.m.b.H.
A-1092 Wien, Servitengasse 5
Telefon: (0 22 2) 34 81 24, 31 11 59

Joseph McVeigh

**KONTINUITÄT UND VERGANGENHEITS-
BEWÄLTIGUNG IN DER ÖSTERREICHISCHEN
LITERATUR NACH 1945**

*Untersuchungen zur österreichischen Literatur des 20. Jahrhunderts
Band 10*

1988. Kart. 264 Seiten. öS 380,-, sfr. 46,-, ISBN 3 7003 0731 4

Die Arbeit untersucht die ideologische und politische Basis des kulturellen Aufbaus in Österreich nach 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Frage nach einer kontinuierlichen Entwicklung, einer Entwicklung ohne „Bruchlinien“, von der Zeit des Ständestaates über das NS-Regime bis hin in die 60er Jahre der Zweiten Republik.

Im Vordergrund stehen dabei Untersuchungen zu einer kontinuierlichen Entwicklung der Literatur.

Am Beispiel der einschlägigen Zeitliteratur nach 1945 wird der literarische Niederschlag dieser Tendenzen zur Rehabilitierung der autoritären Periode in den ersten zwei Jahrzehnten der Zweiten Republik untersucht, wie auch die Frage, inwieweit diese kulturelle und politische Kontinuität in der österreichischen Literatur nach 1945 zur Kenntnis genommen wird.

In jeder Buchhandlung erhältlich!

2. Demokratieversagen

Ihr zweites Fragenbündel betrifft eine Thematik, über die man natürlich ein paarmal bis zwei Uhr nachts debattieren kann; da habe ich keine Chance, heute an ein Ende zu kommen.

Trotzdem: Ihre Gedankengänge scheinen mir gefährlich nahe um eine Zauberformel zu kreisen, die sich auch sehr schlicht wiedergeben lässt. Sie lautet «Alles für das Volk, und nichts durch das Volk». Das war die Devise von Friedrich dem Grossen, einem gebildeten Humanisten und absolutistischen Diktator.

Die theoretischen Vorzüge (an die ich nicht glaube) der Formel bleiben diskussionswürdig. Die praktischen Nachteile aber kommen unweigerlich dann zur Massgeblichkeit, wenn es um die Anwendung geht. Mit Sicherheit verwirklicht wird in diesem Fall nämlich nur der zweite Teil des Satzes («nichts durch das Volk»). Der erste Teil des Satzes aber beginnt

(bestenfalls) mit der frommen Annahme und endet (normalenfalls) mit der gewaltsam durchgesetzten Lüge. Die Herrschaft bedürfte des Opponenten, der ihr sagt, wann sie von der ursprünglichen Zielsetzung abzuweichen beginnt, und gerade den Opponenten hat sie zum vornherein abgeschafft; weil sie «für das Volk» ist, muss er ja gegen das Volk sein. Die Diktatur im Namen eines (beliebigen) Ideals ist unweigerlich dem Verrat an diesem Ideal geweiht, weil sie eine Diktatur ist.

So ist es mit der monarchischen Volksfreundlichkeit gegangen (solange sie nichts durch das Volk zulies), so ist es mit der «Diktatur des Proletariats» gegangen, welche die Statthalter-schaft für das ungefragte Proletariat übernahm. Nichts berechtigt zur Annahme, dass es sich mit einer Diktatur der Luftreinhalteverordnung anders verhalten müsste.

Die Möglichkeit, dass das betreffende Ideal schon von Anfang an nur der vorgespielte Beweggrund zwecks Machtergreifung und Macht-ausübung war, kommt noch hinzu und kann den ganzen Vorgang nur verschlimmern.

Naturgemäss haben Sie für Ihre Wünsche in Richtung auf eine volksunabhängige Herrschaft kompetenter Fachleute zeitgemässe Gründe, sogar existentielle, wie ich ihnen notgedrungen zubilligen muss, weil ich selber der Überzeugung bin, dass wir auf die abschlies-sende Umweltkatastrophe zutreiben, wenn wir Erde, Luft und Wasser weiterhin zerstören, und sei es mit gedrosselem Tempo. Man muss das Ruder herumwerfen. Aber wenn man es mit der Abschaffung der Demokratie versucht, dreht man (diesbezüglich) um 360 Grad, und das Schiff treibt weiterhin dem Abgrund zu. Nur mit dem unheimlichen Unterschied, dass dann alle tauglichen Warnsysteme ausgeschaltet sind. Und dass dann niemand befugt ist, den grossen Steuermann zu wecken, wenn er einschläft, was er unweigerlich tun wird, weil seine übermenschliche Wachsamkeit eine reine Fiktion ist.

Und das ist sozusagen das, was umweltbezüg-lich in Tschernobyl passiert ist, im sozialisti-schen Lager. Und zwar in durchaus fundamen-taler Weise deswegen, weil man dort keine De-mokratie hat. Deswegen, weil mit der Opposi-tion überhaupt auch die grüne Opposition ver-boten war (falls man das schon in die Vergan-genheitsform setzen darf). Deswegen, weil dort die kompetenten Fachleute entweder mens-chlich kuschten oder unmenschlich bestraft wur-den. Es sei denn, dass sie in der Machtelite so hoch hinaufstiegen, dass ihnen bis auf die Be-fähigung zur Machtausübung alle Kompetenz abhanden kam. Denn auch ein kompetenter Fachmann braucht die Demokratie, wenn er regierungsfähig wird; anders ist sein Versagen für jegliches Gemeinschaftsanliegen vorpro-grammiert.

Sehen Sie, ich halte es für symptomatisch und für symptomatisch falsch, wie Sie den umwelt-bezüglichen Unterschied zwischen «hier» und «dort» machen. Hier die richtige Problemein-sicht, verbunden mit demokratisch bedingter

Handlungsunfähigkeit. Dort die richtige, dikta-torisch bedingte Handlungsfähigkeit ohne Pro-blemeinsicht. Da braucht man bloss die guten Elemente beider Seiten zu kombinieren, um die Rettung zu haben: die mit der richtigen Ein-sicht gesegnete Diktatur.

Was daran falsch ist? Die Prämissen. Die Leute, welche jahrzehntelang alle sozialistisch verursachten AKW-Unfälle leugneten und mit ihrem ganzen System die Information darüber verhinderten (ein Zustand, der grosso modo noch heute anhält), die hatten im wörtlichen Sinn durchaus Einsicht, sogar eine vorrangige bis exklusive. Aber sie nützten diktaturgemäss ihr handlungsfähiges System dazu aus, die anderweitige Verbreitung der Einsicht zu verhin-dern, die eine Anfechtung ihrer Befugnisse mit-erschloss. Was ihnen die Augen verklebte, war nicht per se die Verkenning globaler Gefahren, sondern die Erkennung der Gefahren für ihre eigene Stellung, und das kam zuerst. Sie hatten die Möglichkeit, selbst blind zu spielen und ihrer Untertanenschaft die Augen zu blenden, und sie haben diese ihre ordnungsgegebene Möglichkeit genutzt.

Es ist kein Zufall, dass im Sowjetlager die Oppo-sition gegen die Umweltzerstörung (Charta 77 in der CSSR, Solidarnosc-Gruppierungen in Polen) weitgehend identisch war mit der Oppo-sition gegen die Diktatur. Und es ist kein Zu-fall, dass heute die erwachenden Kräfte für den Umweltschutz Hand in Hand gehen mit den erwachenden Kräften für die Demokratie. Pro-gnostisch betrachtet sieht die Sache so aus: Bis die Problemerkennntnis hiesige Ausmasse er-reicht hat, wird die diktatorische Handlungsfähigkeit der obersten Problemverwalter in ent-scheidendem Ausmass zurückgegangen sein, und die Problembewältigung hat ähnliche Schwierigkeiten wie hier, mit dem Unterschied bloss, dass dort die Umweltzerstörung dank Diktatur noch viel weiter fortgeschritten ist und der point of no return bis dann vielleicht schon erreicht ist.

Und wie steht es mit der Prämisse der hand-lungsunfähigen Demokratie? Hier bin ich vor-sichtiger, aber immerhin: Der Wind weht drei-mal so oft von Westdeutschland nach der CSSR als umgekehrt, aber im Schadstoffaus-tausch zwischen den beiden Ländern durch die Luft besteht ein Verhältnis von 1:1. Also ist die Demokratie nicht nur erkenntnistauglicher, sondern auch handlungsfähiger. Das ist nur eine relative Aussage, und sie genügt mir auch nicht. Mit den tausend Interessen, die sich bei uns der Durchsetzung selbst der dringlich er-forderlichen Massnahmen in den Weg stellen, haben Sie ja völlig recht. Die Demokratie muss lösungstauglicher werden. Dazu braucht es, finde ich, einen Ausbau ihrer Verbindlichkeit und nicht einen Abbau ihrer volksbezogenen Kompetenzen zugunsten irgendwelcher Grup-pierung. Aber das ist noch ein weites Thema. Für den Moment halte ich fest, dass die Demo-kratie für Umweltschutzbelange tauglicher ist als die Nichtdemokratie.

Zur Demokratie: Man kann sie auch dadurch fertigmachen, dass man an sie die falschen An-

sprüche stellt, und hier will ich mich gegen ei-nige verführerische Suggestionen wehren, die mir ihr Brief einflüstert.

Nein, ich bin nicht «so überzeugt, dass man in der Demokratie alle Probleme lösen kann», schon weil die Fristgerechtigkeit zu berücksich-tigen ist. Aber ausserhalb der Demokratie ist es gar nicht erst möglich, alle Probleme überhaupt aufzuwerfen, und das wiegt schwerer.

Sodann: Demokratie hat noch nie bedeutet, dass «das Volk immer recht hat». Aber weshalb sollte man sie an dieser überrissenen Maximal-forderung messen? Demokratie bedeutet ledig-lich, dass eine jeweilige Volksmehrheit im je-weiligen Fall entscheidungsbefugt ist. Und De-mokratie bedeutet, dass sich ständig neue Mehrheiten nach neuen Erkenntnissen bilden dürfen. Das verhindert keine Irrtümer, wohl aber ihre Fixierung.

Dass das Volk nicht immer recht hat, bedeutet keine Rechtfertigung dafür, es so zu behandeln, als ob es immer unrecht hätte. Das tut die Dik-tatur, und damit hat sie immer unrecht.

★

Damit ist das Thema nicht ausdiskutiert. Aber immerhin öffentlich diskutiert. Was uns wie-derum nur eine demokratische Ordnung er-möglicht.

Mit freundlichen Grüssen *Christian Brügger*

ZEITBILD erscheint alle zwei Wochen

Redaktion — Administration — Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12, Telex 912 713 soi ch
Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30.24616-5
Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03
Deutsche Bank Frankfurt a. M.
(BLZ 500 700 10) 78-2409
Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise Inland
Jahresabonnement Fr. 48.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler Fr. 28.—
Einzelnummer Fr. 2.50

Abonnementspreise Ausland
Europa + Mittelmeerländer
Jahresabonnement sFr. 53.—/DM 64.—/
Luftpost sFr. 58.—
Studenten, Lehrlinge und Schüler
sFr. 33.—/DM 40.—
Einzelnummer sFr. 2.80/DM 3.40

Übersee
Jahresabonnement Luftpost sFr. 63.—